

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Knabe und der Fraktion
DIE GRÜNEN
— Drucksache 11/574 —**

Alternative Energiepolitik in der DDR und in West-Berlin

Der Bundesminister für Wirtschaft – IV 1 – 28 00 98/2 – hat mit Schreiben vom 15. Juli 1987 namens der Bundesregierung die Kleine Anfrage wie folgt beantwortet:

1. Ist der Bundesregierung das Gutachten „Alternative Energiepolitik in der DDR und West-Berlin. Möglichkeiten einer exemplarischen Kooperation in Mitteleuropa“ vom Institut für ökologische Wirtschaftsforschung bekannt?
2. Wie beurteilt die Bundesregierung die These, daß ein Ausstieg aus der Atomenergie in der DDR kurzfristig mittels forcierter Energiesparmaßnahmen, modernisierter Braunkohlekraftwerke und dem verstärkten Einsatz regenerativer Energiequellen möglich ist?

Der Bundesregierung ist das Gutachten bekannt. Die in der Studie aufgestellte Grundthese, daß ein Ausstieg der DDR aus der Nutzung der Kernenergie durch ein vom Institut für ökologische Wirtschaftsforschung vorgeschlagenes Maßnahmenpaket erreicht werden könne, kann von der Bundesregierung nicht beurteilt werden. Bezüglich ihrer politischen Umsetzung ist diese These aber als realitätsfern anzusehen. Vielmehr ist nach allen vorliegenden Informationen davon auszugehen, daß die DDR auch zukünftig an der Kernenergie als einer bedeutenden Versorgungsquelle festhält und bestrebt ist, durch den zusätzlichen Bau von Kernkraftwerken an Stelle von Braunkohlekraftwerken eine wesentliche Entlastung der Umwelt zu erreichen. So soll in der DDR der Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung durch die in Bau befindlichen Kernkraftwerke von gegenwärtig ca. 10 % auf rd. 15 % im Jahr 1990 gesteigert werden. Ein weiterer kontinuierlicher Ausbau der Kernenergie ist angesichts der eingeschränk-

ten Verfügbarkeit fossiler Ressourcen vorgesehen, um den wachsenden Bedarf der DDR an elektrischer Energie zu decken.

3. Ist die Bundesregierung bereit, den Ausstieg der DDR aus der Atomenergie durch eine Vorfinanzierung der notwendigen Investitionsmittel zur ökologischen Modernisierung des Stromerzeugungssektors zu unterstützen?

Entscheidungen über die Energieträgerbasis ihrer Stromerzeugung und über Investitionen in diesem Sektor trifft die DDR in eigener politischer und finanzieller Verantwortung.

4. Welche konkreten Kooperationsmöglichkeiten mit der DDR sieht die Bundesregierung in den Bereichen
 - regenerative Energiequellen,
 - rationelle Energietechniken sowie
 - Emissionsreduzierung bei fossilen Energieträgern, insbesondere Braunkohle?
5. Wie schätzt die Bundesregierung im Rahmen einer solchen Zusammenarbeit die Möglichkeit gemeinsamer Forschungs- und Entwicklungsprojekte mit der DDR ein?

Kooperationsmöglichkeiten mit der DDR in den genannten Bereichen ergeben sich im Rahmen des Abkommens über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wissenschaft und Technik, das kurz vor dem Abschluß steht, und des Umweltabkommens, das am 10. Juni 1987 paraphiert wurde.

Zahlreiche Firmen bei uns können der DDR technologisch und umweltpolitisch interessante Lösungen zum Ausbau und zur Modernisierung ihrer Energiewirtschaft anbieten. Dabei kann es zwischen unseren Firmen und der DDR zu verschiedensten Formen der Zusammenarbeit kommen. Die Bundesregierung unterstützt diese Bemühungen.

6. Wie beurteilt die Bundesregierung die Umweltentlastungseffekte in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin bei einer forcierten ökologischen Modernisierung der DDR-Energiewirtschaft?

Nach den neuesten im Rahmen der Genfer Luftreinhaltekonvention erstellten Schwefel-Import/Export-Bilanzen sind im Jahr 1984 ungefähr 122 kt Schwefel auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland aus Quellen der DDR niedergegangen. Diese Menge trägt insbesondere in den zur DDR angrenzenden Gebieten zur Luftbelastung bei. Auch der im letzten Winter notwendig gewordene Smogalarm stand in verschiedenen Gebieten der Bundesrepublik Deutschland mit den grenzüberschreitenden Schadstoffemissionen der DDR im Zusammenhang. Eine Ausrüstung der DDR-Braunkohlekraftwerke mit Abgasreinigungsanlagen würde positive Umweltentlastungseffekte in der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere auch in Berlin, haben.